

Gerangel im Landtag wegen Kosten und Taktik beim NATO-Gipfel in Baden-Baden – Kritik der Grünen: «Zwischen Kehl und Baden-Baden soll ab Ende März der Ausnahmezustand herrschen»

Baden-Baden/Stuttgart, 19.01.2009, 20:25 Uhr In einer Sondersitzung des Innenausschusses im Landtag von Baden-Württemberg rückte heute der bevorstehende NATO-Gipfel in Baden-Baden, Straßburg und Kehl in den Brennpunkt. In einer Erklärung des Landtags heißt es: «Im Fall des G8-Gipfels seien für das Land Mecklenburg-Vorpommern dabei Kosten in Höhe von 92 Millionen Euro entstanden.» Nach Angaben des Ausschussvorsitzenden Hans-Georg Junginger, SPD, «muss ein Bundesland, das für ein Großereignis Polizeikräfte vom Bund oder aus anderen Bundesländern anfordert, für deren Einsatzkosten aufkommen», heißt es in der Erklärung des Landtags. In den vergangenen Wochen hatten verschiedene Landespolitiker gefordert, dass die Kosten alleine am Land hängen bleiben. In der Erklärung heißt es weiter: «Aufgrund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz gehe die Landesregierung jedoch davon aus, dass der Bund und die Länder beim NATO-Gipfel 2009 ihr gegenüber auf einen Kostenersatz für die abgestellten **Polizeibeamten verzichten werden.**» Neben der Kostenfrage wurde der Einsatz selbst thematisiert. Camps mit 10 000 bis 15 000 Personen seien nicht zu dulden, weil sonst rechtsfreie Räume entstehen würden. Zudem sollen bereits im Vorfeld des Gipfels in Baden-Baden großflächige Kontrollen stattfinden. Uli Sckerl, Sprecher der Grünen, hält die Vorgehensweise für falsch. So würde «inzwischen eine Bedrohung des Gipfels durch Demonstranten geradezu herbei geredet, die mit der realen Lage nichts mehr zu tun habe», verbreiteten die Grünen in einer Erklärung. «Zwischen Kehl und Baden-Baden soll ab Ende März praktisch der Ausnahmezustand herrschen», so Sckerl. Und er befürchtete dass «richtig eine Stimmung aufgeheizt wird» und «alle, die im NATO-Gipfel Anlass zu Protest sehen, zu potenziellen Gewalttätern gestempelt werden». Der NATO-Gipfel findet am 3. und 4. April in Baden-Baden und Straßburg statt.